

Euro und EU am Abgrund, Teil 2

Die Motive der Initiatoren einer gemeinsamen Währung für die Länder Europas.

Von Hermann Patzak

Der Euro und die Europäische Union beruhen von Anfang an auf einem verfehlten Konzept. Genauer gesagt handelt es sich um eine Lebenslüge, mit der die treibenden Kräfte aus Politik und Wirtschaft sich selbst etwas vormachten und Europas Völker belogen. Die europäischen Länder, Kulturen und Völker sind genau so unterschiedlich wie ihre Volkswirtschaften und deren Strukturen. Man kann sie nicht zu einer Gemeinschaft „zusammenschweißen“, bei der die einzelnen Staaten ihre Souveränität behalten und gleichzeitig so tun, als sei das Gebilde ein Unionsstaat. Dieses Gebilde ist nicht auf Dauer lebensfähig!

Das deutsche Polit-Magazin „Der Spiegel“ titelte seine Ausgabe Nr. 10 im Jahr 2010: „Die Euro-Lüge“. Der Spiegel will die „große Lüge“ nur auf den Euro beschränken, doch der Euro war die konsequente Folge der EU! Auf Seite 66 schreiben die Autoren des Leitartikels, *„die Versprechen, auf denen er (der Euro) gegründet wurde, haben sich als Lügen erwiesen“*. Dabei hätten es gerade die Spiegel-Redakteure besser wissen müssen, denn in ihrer typisch investigativen Arbeitsweise hatten sie schon 1997 die wahren Beweggründe für den Euro ganz offen genannt:

Eduard Balladur, französischer Finanzminister, schlug Anfang 1988 vor, die Geldpolitik einer gemeinsamen europäischen Zentralbank zu übertragen. Warum? Die infolge der konsequenten Geldmengenpolitik der Bundesbank stabile DM hatte (wieder einmal) zu einem für die Franzosen (und auch Amerikaner) unerwünschten „Run“ auf die DM geführt. Mit seinem Vorschlag „erntete Balladur in der Frankfurter Bundesbank und in Bonns Finanzministerium nur milde Heiterkeit. Zu durchsichtig schien der Plan des Franzosen, den Frankfurtern die Macht, den Deutschen die Mark und der Bundesrepublik einen Teil ihrer Stärke zu nehmen“¹. Der damalige deutsche Außenminister, Hans-Dietrich Genscher (ein ökonomischer Laie, so der damalige Bundesbankpräsident Pöhl²) griff den Vorschlag aber auf und verhalf ihm zum politischen Durchbruch. Die Süddeutsche Zeitung³ wußte zu berichten, daß „Frankreich seinen Status als Siegermacht genutzt und sich die Währungsunion mit der Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung erkaufte“ hat.

Das sind die Fakten, die damals auch in den deutschen Medien noch ganz offen angesprochen wurden. Doch diese Fakten werden von den heutigen Meinungsmachern totgeschwiegen, durch ein neues Geschichtsbild, ein Lügen-Märchen, verdrängt, in dem es heißt: „Die Währungsunion sei die europäische Antwort auf den Fall der Mauer und das Ende des Kalten Krieges.“ Demgegenüber kann – der Wahrheit zu Liebe – gar nicht oft genug beteuert werden, daß die Währungsunion die Antwort auf die Wiedervereinigung Deutschlands war, die Gegenleistung für die von den Westmächten gewährte – besser gesagt, geduldete – Wiedervereinigung. Ihr eigentliches – aber natürlich nicht offen erklärtes – Ziel war die Schwächung der deutschen Wirtschaft.

¹ Der Spiegel, 1997, Nr. 8, S.28

² Vgl. ebenda, S.22

³ Süddeutsche Zeitung, 17.03.97, S.6

Darüber hinaus war der Euro für das internationale Finanz- und Globalkapital das beste Mittel, sich die „Filetstücke“ der deutschen Wirtschaft anzueignen. Heute sind 75 Prozent der deutschen Aktiengesellschaften⁴ im Eigentum des vorwiegend anglo-amerikanischen Kapitals, bedeutende Unternehmungen wie Höchst oder Mannesmann z.B. wurden vollständig in Auslandseigentum überführt. Doch darüber spricht man nicht, darüber schreibt man nicht und Statistiken über diese augenscheinliche Überführung deutschen Produktiveigentums in die Hände ausländischer Investoren werden nicht erstellt.

Die Einheitswährung Euro für so unterschiedliche Volkswirtschaften, wie sie in Europa über Jahrhunderte gewachsen waren, konnte nur so lange einigermaßen funktionieren, so lange eine sich selbst überlassene freie Marktwirtschaft

- (1) keiner beschäftigungs- und wachstumspolitischen Korrekturen bedurfte und
- (2) so lange, als die Einkommensverteilung durch die unkontrollierten globalen Marktkräfte, insbesondere durch das volatile internationale Kapital, keine politischen Eruptionen auslöste⁵.

Mit dem Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise im Sommer 2007 waren diese Zeiten vorbei.

In der Wirtschaftswissenschaft war man sich ganz sicher, daß man nach den Erfahrungen der Großen Weltwirtschaftskrise im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts gelernt hatte, wie man künftige Krisen dieses Ausmaßes verhindern könnte. Doch dazu bedarf es insbesondere der gezielten (!) Staatsausgabensteigerung und der Steuersenkungen, die natürlich die Staatsverschuldung erhöhen muß. Und gerade diese hatten die glorreichen Erfinder der gemeinsamen Euro-Währung ihren Mitgliedsstaaten verboten. Der Euro war eine „Schönwetterwährung“, nicht gedacht für Krisenzeiten. Und es gab Nationalökonomien, die den Euro für gut geheißen haben, genau so wie es heute noch Politiker in Deutschland gibt, die den Euro als Segen für uns und unsere Wirtschaft bezeichnen!

Solange die große Krise nicht kam und die Staaten keine außergewöhnlichen Anstrengungen machen mußten, um den großen Einbruch der Wirtschaft zu verhindern, so lange waren die sogenannten Stabilitätskriterien⁶ manchen Regierungen zwar lästig, aber man konnte mit ihnen leben. Obwohl auch da schon einige Regierungen (insbesondere die Griechische – wie sich später herausstellte) zur Bilanzfälschung und Statistik-Fälschung griffen, um für sich und ihre Länder erhebliche ökonomische Vorteile zu ergaunern. Doch dann war die Krise auf einmal da, und sie war selbst gemacht: von den unkontrollierten spekulativen Kräften des großen internationalen Finanzkapitals.

Und nun mußten die Regierungen in Europa ihre Banken vor dem Zusammenbruch retten und sie mußten durch erhöhte Staatsausgaben (Kurzarbeiter-Geld in Deutschland z.B.) die gesamte Wirtschaft stützen und einzelnen Branchen (Abwrackprämie) unter die Arme greifen. Die Stabilitätskriterien waren über Nacht zu Makulatur geworden. Die EU war machtlos. Man konnte einem Ertrinkenden doch nicht verbieten, sich an dem „lebensrettenden Ast“ festzuhalten!

⁴ Vgl. Alfred Mechttersheimer unter www.deutsche-wirtschaft.org/

⁵ Die funktionale Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital hatte sich mit der Ausbreitung der Globalisierung zu ungunsten der Arbeit erheblich verschlechtert.

⁶ Laufendes Haushaltsdefizit \leq 3%; Staatsverschuldung $<$ 60% des Bruttoinlandsproduktes; Inflationsrate \leq 2% über dem Durchschnitt der 3 stabilsten Beitrittsländer bei Gründung der EWU.

Mit der bindenden Vorschrift, die drei Stabilitätskriterien einhalten zu müssen – unter Androhung empfindlicher Sanktionen – glaubte man, im „Euroland“ eine gemeinsame, gleichsam konzertierte Wirtschaftspolitik erzwingen zu können! Jetzt kann man die angedrohten Sanktionen nicht einmal gegen das kleine Griechenland anwenden, wenn man das Land nicht vollkommen ruinieren möchte. Man wird der Regierung sogar noch helfen müssen, durch direkte oder indirekte Zahlungen, um den Bankrott in Griechenland zu verhindern. Der würde nämlich die in Griechenland engagierten europäischen Großbanken, die man eben erst mit immensen Staatsschulden gerettet hat, erneut existenziell bedrohen.

Angesichts dieser Entwicklung muß man sich wirklich fragen, was die Kanzlerin damals wohl gemeint hat, als sie sagte, „Deutschland werde aus der Krise stärker herauskommen, als es hineingegangen ist“.

© www.hpatzak.de 14.03.2010

Der nächste Teil dieser Artikelserie „EU und Euro am Abgrund“ wird die ökonomischen Nutznießer und das Ausmaß ihrer Vorteilsnahme beleuchten.